

Sachbearbeiter/in: _____
 Bezirksgeschäftsstelle: _____

Reg.-Nr. RS: _____
 Mitgliedsnummer: _____

I. Angaben der Antragstellerin / des Antragstellers

Name	Vorname
<input type="checkbox"/> AR <input type="checkbox"/> SR <input type="checkbox"/> VerwR <input type="checkbox"/> StrafR <input type="checkbox"/> sonstiges ZivilR	€ regelmäßiger monatlicher Bruttoverdienst
Rechtsstreit gegen	wegen
<input type="checkbox"/> Vorverfahren <input type="checkbox"/> Verfahren I. Instanz <input type="checkbox"/> Verfahren II. Instanz <input type="checkbox"/> Verfahren III. Instanz	

Weitere Angaben siehe MIBS - Auszug und Erfassungsbogen

II. Erklärung der Antragstellerin / des Antragstellers

Mir ist bekannt, dass der gewerkschaftliche Rechtsschutz eine freiwillige Leistung ist (§15 Abs. 4 i.V.m. Abs. 2 d) der ver.di-Satzung), welche für jedes Verfahren und für jede Instanz gesondert beantragt werden muss. Dies gilt auch für die Zwangsvollstreckung. Die Bestimmungen der ver.di-Rechtsschutzrichtlinie über den Rechtsschutz für Mitglieder und sonstige berechnigte Personen erkenne ich an.

Über ggf. zu beachtende Ausschlussfristen wurde ich informiert. Forderungen, die während des laufenden Prozesses entstehen, habe ich selbst bei meiner Prozessvertretung schriftlich anzumelden. Mir ist bekannt, dass ich im Fall unterlassener, unvollständiger oder verspäteter Mitwirkung alleine die Folgen eines darauf zurückzuführenden Schadens zu tragen habe und keine Schadensersatzansprüche stellen kann.

Ich weiß, dass ein evtl. Schadensersatzanspruch im Rahmen des Rechtsschutzes innerhalb von drei Jahren ab dem Zeitpunkt, zu dem der Anspruch entstanden ist, spätestens jedoch mit Ablauf von drei Jahren nach Ende der Auskunftserteilung oder Prozessvertretung, verjährt.

Mir ist bekannt, dass ausschließlich schriftlich erteilte bzw. bestätigte Rechtsauskünfte verbindlich sind.

Verhandlungen mit der Gegenseite und Prozesshandlungen erfolgen ausschließlich durch meine Prozessvertretung. Auf den Rechtsstreit bezogenen Auflagen und Weisungen meiner Prozessvertretung ist zu folgen. Persönliche Verhandlungen mit der Gegenseite bedürfen der vorherigen Zustimmung. Einen zusätzlichen Prozessbevollmächtigten darf ich nicht ohne Zustimmung der ver.di beauftragen.

Ein Gewerkschafts Austritt kann ebenso wie eine nicht satzungsgemäße Beitragszahlung zum Entfallen des Rechtsschutzes für die Vergangenheit führen und eine Rückforderung der tatsächlich entstandenen Kosten (z.B. Gerichts- und Rechtsanwaltskosten, Gutachterkosten für Sachverständige oder Kosten der DGB Rechtsschutz GmbH) nach sich ziehen.

Ort, Datum

Unterschrift des/der Antragstellers/in

Vermerk der / des zuständigen ver.di Sachbearbeiters/in Rechtsschutz wurde • <input type="checkbox"/> gewährt • <input type="checkbox"/> abgelehnt • <input type="checkbox"/> mit folgender Beschränkung gewährt: _____		
<input type="checkbox"/> Bezirk: _____	<input type="checkbox"/> LBZ: _____	<input type="checkbox"/> Bundesverwaltung: _____
Datum / Unterschrift: _____		
Bearbeitungsvermerk: • Bitte Rechtsschutz als Leistung in MIBS eintragen und einen aktuellen MIBS - Auszug zur Akte nehmen. • Bei Rechtsschutzgewährung bitte das Mitglied mit Formblatt 7a,7b oder 7c über Entscheidung informieren. • Bei Ablehnung (Versagung) des Rechtsschutzes bitte das Mitglied mit Formblatt 7d über Entscheidung informieren.		

III. Einwilligung in Datenverarbeitung

Hiermit willige ich in die Verarbeitung meiner für die Durchführung des Rechtsschutzes erforderlichen personenbezogenen Daten (z. B. Name, Anschrift, Bankverbindung, etc.) durch die zuständigen Stellen der Gewerkschaft ver.di, also insbesondere durch die bezirkliche Rechtsschutzstelle bzw. das zuständige Team Beratung und Recht, die Rechtsabteilung des ver.di-Landesbezirks und den Bereich Recht/Rechtspolitik der ver.di-Bundesverwaltung ein. Ich willige ferner in die Weitergabe dieser Daten an die DGB Rechtsschutz-GmbH ein. Zweck der Datenverarbeitung und –weitergabe ist die Prüfung der Erfolgsaussichten zur Gewährleistung des gewerkschaftlichen Rechtsschutzes sowie ggf. die außergerichtliche und gerichtliche Verfahrensführung einschließlich des Geschäfts- und Schriftverkehrs mit Arbeitgebern, Behörden und Gerichten.

Diese Einwilligung kann jederzeit durch schriftliche Erklärung gegenüber der Rechtsschutzstelle bzw. dem zuständigen Team Beratung und Recht widerrufen werden. Durch den Widerruf der Einwilligung wird die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung nicht berührt (§ 51 Abs. 3 S. 2 BGG i.V.m. Art. 7 Abs. 3 S. 2 DSGVO).

Ein Exemplar dieses Antragsformulars und ein Auszug aus der ver.di Rechtsschutzrichtlinie (§§ 1 – 9) wurde mir ausgehändigt

Ort, Datum

Unterschrift des/der Antragstellers/in

SOZIALRECHT

Frist: _____

Gewerkschaft Mitglied der Gewerkschaft _____ seit _____

Anspruchsteller geboren am _____ Telefon _____

E-Mail _____ Mobil _____

Vorname _____ Name _____

Straße/Nr. _____

Ort _____

Falls Übersetzer erforderlich, für welche Sprache _____

Bescheid Datum _____ **Widerspruchsbescheid** Datum _____

Zugang _____ Zugang _____

Begehren _____

EMI-Rente

Arbeitsverhältnis

Name und Anschrift des letzten Arbeitgebers _____

Zuletzt ausgeübte Beschäftigung als _____

seit _____ Berufsausbildung/Abschluss als _____

Das Arbeitsverhältnis besteht noch

wurde beendet am _____ durch _____ wegen _____

Führerschein ja nein

selber Halter eines Pkw ja nein

Arbeitsunfähigkeit seit _____

Krankengeld ab _____ € mtl. _____ Aussteuerung _____

Arbeitslosengeld ab _____ € mtl. _____ bis _____

Arbeitslosengeld II ab _____ € mtl. _____

Wenn nein: **Arbeitssuchend** gemeldet ja nein wenn ja, seit wann: _____

Rehamaßnahme: ja nein

Rentenhöhe bekannt : ja : nein

wenn ja, wann _____

wenn ja, wie viel € _____

GdB

Erstantrag: ja nein Höhe des begehrten GdB _____ Merkzeichen _____

Verschlimmerungsantrag: ja nein Herabstufung: ja nein

Altersrente für Schwerbehinderte o. andere vorgezogene Altersrenten beantragt: ja nein

Zusatzurlaub für Schwerbehinderte beim Arbeitgeber geltend gemacht: ja nein

Rente wegen Erwerbsminderung: ja nein

BG-Rente: ja nein

Stützrente: ja nein

Andere Arbeitsunfälle bzw. Berufskrankheiten ohne Rentenbezug: ja nein

VOLLMACHT

Der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft - ver.di -, handelnd durch die Rechtssekretärinnen und Rechtssekretäre Herrn Stefan Wolff u.a., als mit der Prozessvertretung beauftragte Vertreter nach §§ 11 Abs.2 ArbGG, 73 Abs. 2 SGG, 67 Abs.2 VwGO, 62 Abs. 2 FGO

wird hiermit in Sachen _____

gegen _____

wegen _____

Vollmacht erteilt.

Die Vollmacht ermächtigt die Rechtssekretärinnen und Rechtssekretäre zu allen die Angelegenheit betreffenden Handlungen, **insbesondere**:

zur Prozessführung (u.a. nach §§ 81 ff. ZPO), insbesondere in arbeitsrechtlichen, sozialrechtlichen und verwaltungsrechtlichen Streitigkeiten, einschließlich der Befugnis zur Erhebung und Zurücknahme von Widerklagen; zur Vertretung in sonstigen Verfahren, insbesondere Verwaltungsverfahren und bei außergerichtlichen Verhandlungen aller Art; zur Begründung und Aufhebung von Vertragsverhältnissen und zur Abgabe von einseitigen Willenserklärungen (z. B. Kündigungen) in Zusammenhang mit der oben unter "wegen ..." genannten Angelegenheit.

Die Vollmacht gilt für alle Eingangs- und Berufungsinstanzen und erstreckt sich auch auf Neben- und Folgeverfahren aller Art (z.B. Arrest und einstweilige Verfügung, Kostenfestsetzungs-, Zwangsvollstreckungs-, Interventions-, Zwangsversteigerungs- und Hinterlegungsverfahren.) Sie umfasst insbesondere die Befugnis, Zustellungen zu bewirken, Rechtsmittel einzulegen, zurückzunehmen oder auf sie zu verzichten, den Rechtsstreit oder außergerichtliche Verhandlungen durch Vergleich, Verzicht oder Anerkenntnis zu erledigen, Geld, Wertsachen und Urkunden, insbesondere auch den Streitgegenstand und die von dem Gegner, von der Justizkasse oder von sonstigen Stellen zu erstattenden Beträge entgegenzunehmen sowie Akteneinsicht und Einsicht in ärztliche Gutachten zu nehmen. Die Vollmacht umfasst auch die Vertretung im Insolvenzverfahren, ebenso wie die Übertragung der Vollmacht ganz oder teilweise auf andere.

_____, den _____
Ort Datum

eigenhändige Unterschrift des Mitglieds

VOLLMACHT

Die DGB Rechtsschutz GmbH, handelnd durch ihre Rechtsekretärinnen und Rechtssekretäre als mit der Prozessvertretung beauftragte Vertreter nach §§ 11 Abs. 2 ArbGG, 73 Abs. 2 SGG, 67 Abs. 2 VwGO, 62 Abs. 2 FGO, unter anderem durch Dietmar Block, Einhard Eichstaedt, Anne Geschonneck, Birgit Görlitz, Thomas Günther, Carola Herrmann, Marten Schulz, Anke Siegl, Inka Wunderling wird hiermit in Sachen

gegen _____

wegen _____

bevollmächtigt.

Die Vollmacht ermächtigt zu allen die Angelegenheit betreffenden Handlungen, insbesondere:

zur Prozessführung (u. a. nach §§ 81 ff. ZPO), insbesondere in arbeitsrechtlichen, sozialrechtlichen und verwaltungsrechtlichen Streitigkeiten, einschließlich der Befugnis zur Erhebung und Zurücknahme von Widerklagen;

zur Vertretung in sonstigen Verfahren, insbesondere Verwaltungsverfahren und bei außergerichtlichen Verhandlungen aller Art;

zur Begründung und Aufhebung von Vertragsverhältnissen und zur Abgabe von einseitigen Willenserklärungen (z.B. Kündigungen).

Die Vollmacht gilt für alle Eingangs- und Berufungsinstanzen und erstreckt sich auch auf Neben- und Folgeverfahren aller Art (z. B. Arrest und einstweilige Verfügung, Kostenfestsetzungs-, Zwangsvollstreckungs-, Interventions-, Zwangsversteigerungs-, Zwangsverwaltungs- und Hinterlegungsverfahren). Sie umfasst insbesondere die Befugnis, Zustellungen zu bewirken, Rechtsmittel einzulegen, zurückzunehmen oder auf sie zu verzichten, den Rechtsstreit oder außergerichtliche Verhandlungen durch Vergleich, Verzicht oder Anerkenntnis zu erledigen, Geld, Wertsachen und Urkunden, insbesondere auch den Streitgegenstand und die von dem Gegner, von der Justizkasse oder von sonstigen Stellen zu erstattenden Beträge entgegenzunehmen sowie Akteneinsicht und Einsicht in ärztliche Gutachten zu nehmen. Soweit Unterlagen Arztgutachten und sonstige Vorgänge medizinischer Art enthalten, erteile ich zugleich die Entbindung von der Schweigepflicht. Der gesamte Inhalt der über mich geführten Akten einschließlich personenbezogener Daten nach § 67 SGB X darf meinen Bevollmächtigten offenbart werden. Die Vollmacht umfasst auch die Vertretung im Insolvenzverfahren.

Ort, Datum: _____

Unterschrift des Mitgliedes: _____

VOLLMACHT

Die DGB Rechtsschutz GmbH, handelnd durch ihre Rechtsekretärinnen und Rechtssekretäre als mit der Prozessvertretung beauftragte Vertreter nach §§ 11 Abs. 2 ArbGG, 73 Abs. 2 SGG, 67 Abs. 2 VwGO, 62 Abs. 2 FGO, unter anderem durch Dietmar Block, Einhard Eichstaedt, Anne Geschonneck, Birgit Görlitz, Thomas Günther, Carola Herrmann, Marten Schulz, Anke Siegl, Inka Wunderling wird hiermit in Sachen

gegen

wegen

bevollmächtigt.

Die Vollmacht ermächtigt zu allen die Angelegenheit betreffenden Handlungen, insbesondere:

zur Prozessführung (u. a. nach §§ 81 ff. ZPO), insbesondere in arbeitsrechtlichen, sozialrechtlichen und verwaltungsrechtlichen Streitigkeiten, einschließlich der Befugnis zur Erhebung und Zurücknahme von Widerklagen;

zur Vertretung in sonstigen Verfahren, insbesondere Verwaltungsverfahren und bei außergerichtlichen Verhandlungen aller Art;

zur Begründung und Aufhebung von Vertragsverhältnissen und zur Abgabe von einseitigen Willenserklärungen (z.B. Kündigungen).

Die Vollmacht gilt für alle Eingangs- und Berufungsinstanzen und erstreckt sich auch auf Neben- und Folgeverfahren aller Art (z. B. Arrest und einstweilige Verfügung, Kostenfestsetzungs-, Zwangsvollstreckungs-, Interventions-, Zwangsversteigerungs-, Zwangsverwaltungs- und Hinterlegungsverfahren). Sie umfasst insbesondere die Befugnis, Zustellungen zu bewirken, Rechtsmittel einzulegen, zurückzunehmen oder auf sie zu verzichten, den Rechtsstreit oder außergerichtliche Verhandlungen durch Vergleich, Verzicht oder Anerkenntnis zu erledigen, Geld, Wertsachen und Urkunden, insbesondere auch den Streitgegenstand und die von dem Gegner, von der Justizkasse oder von sonstigen Stellen zu erstattenden Beträge entgegenzunehmen sowie Akteneinsicht und Einsicht in ärztliche Gutachten zu nehmen. Soweit Unterlagen Arztgutachten und sonstige Vorgänge medizinischer Art enthalten, erteile ich zugleich die Entbindung von der Schweigepflicht. Der gesamte Inhalt der über mich geführten Akten einschließlich personenbezogener Daten nach § 67 SGB X darf meinen Bevollmächtigten offenbart werden. Die Vollmacht umfasst auch die Vertretung im Insolvenzverfahren.

Ort, Datum:

Unterschrift des Mitgliedes: